

N I E D E R S C H R I F T

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	9. Februar 2023		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel Ratssaal		
Sitzungsbeginn:	18:15 Uhr	Sitzungsende:	20:50 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er weist darauf hin, dass eine Verletzung von Form und Frist der Ladung als geheilt gilt, wenn ein Mangel nicht spätestens jetzt geltend gemacht wird. Hierzu gibt es keine Einwände. Er ändert die Tagesordnung dahingehend, dass er den Tagesordnungspunkt 4 (Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 8. Dezember 2022) von der Tagesordnung nimmt, da es Einwände dazu gibt und die dazugehörige Stellungnahme der Verwaltung erst heute den Stadträten zugegangen ist. Weitere Änderungen gibt es nicht. Somit ist die geänderte Tagesordnung angenommen und die Nummerierung der Tagesordnung ändert sich entsprechend.

Herr Weinholdt informiert, dass Herr Brandau und er die FDP Fraktion gegründet haben und sie somit im Stadtrat als Fraktion vertreten sind.

Herr Rumberg wünscht viel Erfolg und eine gute Zusammenarbeit.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	9. Februar 2023

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. (A 2023/002)
Antrag des Stadtrates Herrn Wolfram zur Niederlegung seines Stadtrats-Mandates
3. Verpflichtung eines Stadtrates durch den Oberbürgermeister (§§19, 35 SächsGemO)
4. Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung
5. Informationen aus der Stadtverwaltung
6. (Vorlagen-Nr.: I 2023/002)
Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 1 und 2 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - III. Quartal 2022
7. (Vorlagen-Nr.: I 2023/003)
Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 4. Quartal 2022
8. (Vorlagen-Nr.: B 2023/003)
Wahl des 2. Bürgermeisters für Stadtplanung und Bau
9. (Vorlagen-Nr.: B 2022/073)
Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2023

(A 2023/003)

Antrag der Stadträte Herr Brandau und Herr Weinholz zur Erhöhung der Aufwandsentschädigung sowie Sitzungsgelder der Stadträte

(A 2023/004)

Antrag der Stadträte Herr Brandau und Herr Weinholz zur Umsetzung der Fraktionsförderung

(A 2023/005)

Antrag der Fraktion Mitte-Links zur Errichtung einer Bushaltestelle auf der Rabenauer Straße/Kreuzung Tulpenstraße

(A 2023/006)

Antrag der Fraktion Mitte-Links zur Umsetzung des Brunnens am Ambulatorium in Freital-Zauckerode

10. (Vorlagen-Nr.: B 2023/001)

Beschluss zur Umsetzung des Bauvorhabens "Neubau einer Fahrzeughalle in Massivbauweise für das FF- Gerätehaus Hainsberg"

11. (Vorlagen-Nr.: B 2023/004)

Beschluss zum Aufbau eines kommunalen Energiemanagements in der Stadt Freital

12. Anfragen der Stadträte

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

A 2023/002

Antrag des Stadtrates Herrn Wolfram zur Niederlegung seines Stadtrats-Mandates

Herr Wolfram bittet um Zustimmung für seinen Antrag auf Niederlegung seines Stadtrats-Mandates.

Seitens der Stadträte gibt es keinen Diskussionsbedarf. Somit folgt die Beschlussfassung des Antrages.

Beschluss-Nr.: 006/2023

**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital möge beschließen:
Die Stadtratsmitgliedschaft von Herrn Klaus Wolfram wird nach § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 Sächsische Gemeindeordnung beendet.**

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	26
Davon stimmberechtigt:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Herr Rumberg bedankt sich bei Herrn Wolfram für die jahrelange gute und konstruktive Zusammenarbeit. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und Gesundheit.

Herr Wolfram bedankt sich und verlässt die Sitzung.

Tagesordnungspunkt 3

Verpflichtung eines Stadtrates durch den Oberbürgermeister (§§19, 35 SächsGemO)

Herr Rumberg informiert, dass Herr Harry Retz der Nachrücker für Herrn Klaus Wolfram ist. Er bittet Herrn Retz ins Gremium und verliest folgende Verpflichtungsformel:

„Ich gelobe gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt Freital gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Herr Retz gelobt. Es sind 26 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Tagesordnungspunkt 4

Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung

Ein Bürger von der Fuhrmannstraße spricht die Lärmbelästigung zwischen Weihnachten und Neujahr sowie bis in die erste Januarwoche hinein am Busbahnhof sowie in dem anliegenden Park an. Er möchte wissen, ob man von Seiten der Stadtverwaltung eine Möglichkeit sieht diese zu verhindern, so dass nur noch am Silvestertag Feuerwerke gezündet werden dürfen.

Frau und Herr Frost betreten den Saal. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg antwortet, dass es am Silvestertag schon etwas lauter werden kann, aber es kein Dauerzustand werden darf. Die Stadtverwaltung sitzt regelmäßig mit der Polizei, dem Ordnungsamt sowie dem Koordinationsbüro für Soziale Arbeit zusammen, um über die Probleme zu sprechen und entsprechende Maßnahmen zu finden, wie man dagegen vorgehen kann. Herr Rumberg bemerkt, dass Hinweisen nachgegangen sowie gegengesteuert wird.

Frau Dr. Darmstadt betritt den Saal. Somit sind 29 Stimmberechtigte anwesend.

Weitere Bürgeranfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 5

Informationen aus der Stadtverwaltung

Herr Rumberg verliest folgende schriftlich beantwortete Anfragen:

- von Herrn Mumme
 - zum Parkraumangel in städtischen Wohnquartieren und
 - zum Notfallplan der Stadt Freital.
- von Herrn Just
 - zur Thematik Vertragsrecht im Bausektor und
 - zur Ordnung und Sicherheit im Stadtgebiet.
- von der Fraktion Mitte-Links zur Errichtung von Trinkwasserbrunnen in der Stadt Freital.

Frau Reis berichtet zur Thematik Ordnung und Sicherheit Folgendes: Die Stadt Freital sieht sich aktuell mit enormem Vandalismus und mit Sachbeschädigungen konfrontiert. Ein jüngster Fall ist die WC-Anlage im Mehrgenerationenpark Zuckerode, wo zum wiederholten Mal der Münzeinwurf verstopft wurde. Es musste jetzt eine Firma beauftragt werden, die gemeinsam mit dem Stadtbauamt schaut, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit die Anlage wieder für die Öffentlichkeit nutzbar ist. Als ein weiteres Beispiel nennt Frau Reis die Tischtennisplatte im Park am Neumarkt, die für 6.000,00 Euro im Juni 2022 aufgestellt wurde und nunmehr so stark beschädigt wurde, dass sie nur noch zurückgebaut werden kann. In Abstimmung mit der Polizei hat die Stadtverwaltung eine Belohnung für brauchbare Hinweise ausgesetzt. Es sind auch bereits mehrere Hinweise eingegangen, die jetzt gemeinsam mit der Polizei ausgewertet werden. Frau Reis führt aus, dass aufgrund der Vorfälle nunmehr die Präsenz des Ordnungsamtes bzw. der Polizei in der Öffentlichkeit erhöht wird. Weiterhin wird auch aufgrund der Vorfälle am Busbahnhof mit der Polizei, dem Ordnungsamt sowie dem Regionalverkehr Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und dem Oberbürgermeister über mögliche einzuleitende Maßnahmen gesprochen.

Weitere Informationen aus der Stadtverwaltung gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 6**I 2023/002****Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 1 und 2 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - III. Quartal 2022**

Vorberatung Technischer und Umweltausschuss
Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 26. Januar 2023
am 2. Februar 2023

Seitens der Stadträte gibt es keinen Diskussionsbedarf.

Tagesordnungspunkt 7**I 2023/003****Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 4. Quartal 2022**

Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 2. Februar 2023

Seitens der Stadträte gibt es keinen Diskussionsbedarf.

Tagesordnungspunkt 8**B 2023/003****Wahl des 2. Bürgermeisters für Stadtplanung und Bau**

Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 2. Februar 2023

Frau Henzel verlässt die Sitzung. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Leuschner erläutert die Sach- und Rechtslage der Beschlussvorlage. Er fügt hinzu, dass sich im Finanz- und Verwaltungsausschuss sechs Bewerber vorgestellt haben und eine Vorauswahl getroffen wurde, so dass dem Stadtrat heute vorgeschlagen wird, Frau Josephine Schattanek zur Wahl zu bringen. Somit müsste heute die Vorauswahl zur Bestätigung gebracht und anschließend die Wahlhandlung durchgeführt werden.

Herr Rumberg bittet Frau Schattanek sich dem Stadtrat vorzustellen.

Frau Schattanek stellt kurz ihre Person vor und geht dann ausführlich auf ihre Vorstellungen sowie ihre Beweggründe für ihre Bewerbung als 2. Bürgermeisterin für Stadtplanung und Bau ein.

Herr Brandau spricht sich für Frau Schattanek als 2. Bürgermeisterin aus.

Herr Rumberg stimmt zu, dass Frau Schattanek auch seine persönliche Favoritin ist. Er hat sie über die Jahre als Kollegin schätzen gelernt und sie hat Herrn Schautz in seiner Abwesenheit immer sehr gut vertreten.

Herr Weichlein führt aus, dass der Stadtrat erst einmal die Vorauswahl der Kandidatin bestätigen muss und wenn dies mehrheitlich getan wurde, kann die Wahlhandlung durchgeführt werden. Dies wird im öffentlichen Teil der Sitzung als geheime Wahlhandlung stattfinden. Herr Weichlein schlägt als Wahlvorstand Frau Kerger und Herrn Leuschner vor, die dann die Wahl durchführen werden. Die Stadträte werden alphabetisch aufgerufen, um ihre Stimme abgeben zu können. Er fügt hinzu, dass Frau Schattanek bei Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten zur 2. Bürgermeisterin für Stadtplanung und Bau gewählt ist. Da es zur Auswahl der Bewerberin keine Wortmeldungen gibt, bringt Herr Rumberg den

Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss Nr.: 007/2023

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt die Auswahl der Bewerberin Frau Josephine Schattaneck für die Wahl zur 2. Bürgermeisterin für Stadtplanung und Bau am 9. Februar 2023.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Herr Rumberg schlägt als Wahlvorstand Frau Kerger und Herrn Leuschner vor.

Seitens der Stadträte gibt es keine Einwände. Damit ist der Wahlvorstand bestätigt.

Es folgt die Wahl des 2. Bürgermeisters für Stadtplanung und Bau:

1. Der Wahlvorstand stellt die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten fest.
Zahl der anwesenden Stimmberechtigten: 28
2. Der Wahlvorstand zeigt den Anwesenden die leere Urne und verschließt diese. Anschließend werden die Stimmberechtigten alphabetisch aufgerufen und erhalten einzeln ihren Stimmzettel. Mit diesem begeben sie sich für die Stimmabgabe in einen nicht einsehbaren Bereich und werfen ihn danach in die bei dem Wahlvorstand befindliche Urne ein.
3. Der Wahlvorstand verkündet den Abschluss der Stimmabgabe.
4. Es erfolgt die Auszählung der Stimmen durch den Wahlvorstand.

Herr Rumberg verkündet nach Auszählung der Stimmen durch den Wahlvorstand folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen insgesamt:	28
gültige Stimmzettel	28
Ja	28
Nein	0
Enthaltungen	0

Damit ist Frau Josephine Schattaneck zur 2. Bürgermeisterin für Stadtplanung und Bau gewählt.

Die Wahlhandlung ist beendet.

Beschluss-Nr.: 008/2023

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital wählt Frau Josephine Schattaneck zur 2. Bürgermeisterin für Stadtplanung und Bau.

Herr Rumberg gratuliert Frau Schattaneck und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Frau Schattaneck bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2023

Herr Heinzmann verlässt die Sitzung. Somit sind 27 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg führt aus, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat einen gesetzmäßigen und bestätigungsfähigen Haushaltsplan für das Jahr 2023 erarbeitet hat. Er bedankt sich bei allen für die sachlichen und zielgerichteten Diskussionen und erläutert, dass nach den von der Covid-19 Pandemie geprägten Jahren 2020/2021 im Jahr 2023 die Auswirkungen des Krieges der Ukraine deutlich zu spüren sind, insbesondere die Kosten für Strom- und Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften sind erheblich gestiegen. Es ergibt sich ein Anstieg der Gesamtaufwendungen auf 89,5 Mio. Euro, wobei zu betonen ist, dass die Stadt weiterhin das Finanzierungsniveau für freiwillige Aufgaben im sozialen, sportlichen, kulturellen und kirchlichen Bereich beibehalten kann. Gleichzeitig steigen jedoch die Erträge auf insgesamt 87,7 Mio. Euro aufgrund positiver Prognosen zum Steueraufkommen und des deutlich gestiegenen Finanzvolumens des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes. Betrachtet auf den Zeitraum 2023 bis 2026 hat die Stadt ein ehrgeiziges Investitionsvolumen von ca. 67,8 Mio. Euro geplant, dessen Umsetzung erhebliche Anstrengungen von allen Beteiligten erfordert und nur möglich wird, wenn die dafür geplanten Drittmittel von ca. 40,0 Mio. Euro bereitgestellt bzw. bewilligt werden. Herr Rumberg bemerkt, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplans Prioritäten gesetzt werden mussten, diese liegen für den Finanzplanungszeitraum 2023 bis 2026 vor allem in folgenden Bereichen:

- Kinderbetreuung und Schulen mit 9,2 Mio. Euro,
- Neubau der zentralen Feuerwache mit 9,7 Mio. Euro,
- Stadtsanierung mit 3,4 Mio. Euro und
- städtische Infrastruktur mit Hochwasserschutz mit 19,6 Mio. Euro.

Er weist jedoch darauf hin, dass der Haushaltsausgleich in diesem Finanzierungszeitraum nur durch eine Minderung des Basiskapitals erreicht werden kann. Im Jahr 2023 reichen die laufenden Einzahlungen nicht aus, um die laufenden Auszahlungen zu decken, weshalb vorübergehend auf vorhandene Liquidität zurückgegriffen werden muss. Aufgrund der guten Haushaltswirtschaft in den Vorjahren kann die Stadt von Rücklagen und vorhandenen liquiden Mitteln zehren und somit einen ausgeglichenen Haushalt ohne Kürzungen von Aufgaben und ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Bürger vorlegen. Herr Rumberg bemerkt abschließend, dass die zukünftige finanzielle Lage der Stadt zum einen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, insbesondere Sachsens, abhängt und zum anderen der Stadtrat mit künftigen Beschlüssen und Entscheidungen die Beibehaltung einer stabilen Haushaltslage in der Hand hat.

Herr Pfitzenreiter geht anhand von fünf Bildern wie folgt auf die Eckpunkte des Haushaltes ein:

- Die Glaskugel - die für Unsicherheiten steht, welche für dieses Haushaltsjahr besonders groß waren, da es noch nie so schwierig war unter anderem folgende Entwicklungen einzuschätzen:
 - Gewerbesteuer und die wirtschaftliche Entwicklung, beeinflusst durch Inflation, hohe Energiekosten, unterbrochene Lieferketten usw. Es wurden 12,0 Mio. Euro veranschlagt, was etwa dem Vorjahresniveau entspricht.
 - Einkommenssteuer mit den Faktoren Entlastungspakete, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit sowie Tarifsteigerungen. Es wurden 14,7 Mio. Euro in den Haushalt aufgenommen, 1,0 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.
 - Allgemeine Schlüsselzuweisungen, die um ca. 6,0 Mio. Euro steigen, wobei die Folgejahre unklar sind.
 - Aufwendungen: für die Höhe des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst hat die Stadt eine Steigerung von 5% geplant, wobei ver.di 10,5% fordert, und bezüglich der

Energiepreisentwicklung städtischer Gebäude ist man größtenteils von einer Verdopplung der Kosten ausgegangen.

- Kreisumlage: Entscheidung zur Höhe der Kreisumlage erst im Kreistag Ende Januar, der Kreisumlagesatz bleibt im Jahr 2023 unverändert und im Jahr 2024 steigt er um einen Prozentpunkt, was den Haushalt zusätzlich mit 600.000,00 Euro belasten wird.

Herr Pfitzenreiter bemerkt, dass diese Unwägbarkeiten dazu geführt haben, dass der Haushalt erst im Februar 2023 beschlossen werden kann.

- Den Gürtel enger schnallen - musste auch die Stadt Freital, um einen gesetzmäßigen Haushalt vorlegen zu können. Sie befindet sich zwar in einer guten Ausgangslage, da sie über eine Liquidität in Höhe von 37,0 Mio. Euro sowie rückfließende Geldanlagen in Höhe von 10,0 Mio. Euro verfügt, und sie ist schuldenfrei, was auch für keine zusätzliche Belastungen aufgrund des steigenden Zinsniveaus sorgt. Die Stadt hat sich als Prämisse gesetzt, keine spürbaren Einschnitte für die Bürger vorzunehmen. Erste Energiesparmaßnahmen wurden umgesetzt, ohne zu drastischen Mitteln zu greifen. Durch die Anpassung der Straßenbeleuchtung konnten über 50.000,00 Euro eingespart werden. Der Stellenplan enthält keinen Personalaufwuchs; trotz gleichbleibendem Personalbestand und unter Berücksichtigung der Tarifsteigerungen und der häufigen Stufenaufstiege ergibt sich eine Personalkostensteigerung in Höhe von 3,0 Mio. Euro.
- Erste Hilfe - Vereine und Träger verschiedener Einrichtungen und Angebote haben frühzeitig gegenüber der Verwaltung signalisiert, dass die enormen Kostensteigerungen von ihnen nicht ausgeglichen werden können. Gegenwärtig können diese Defizite ausgeglichen werden, indem beispielsweise die Zuschüsse für Betriebskosten bei Sportstätten an Vereine von 250.000,00 Euro auf 420.000,00 Euro aufgestockt werden oder der Zuschuss an den Kulturverein für das Kulturhaus von 250.000,00 Euro auf 350.000,00 Euro erhöht wird. Gemeinsam mit dem Sächsischen Städte- & Gemeindetag sowie dem Kreissportbund wird sich um übergeordnete Unterstützung gekümmert.
- Baustelle mit Schaufel - Auch die Investitionen der Stadt sollen weiter auf einem entsprechenden hohen Niveau wie etwa im Vorjahr in Höhe von 50,0 Mio. Euro in den nächsten vier Jahren erfolgen – davon profitieren Unternehmen der Region. Folgende Großprojekte sind geplant: die Feuerwache, im Straßenbau die Rabenauer Straße und Gitterseer Straße, die Erweiterung der Lessingschule und der Grundschule Pesterwitz sowie Hochwasserschutzmaßnahmen beim Poisenbach oder im Breiten Grund. Es wird aber auch im freiwilligen Bereich investiert, wie beispielsweise beim Sportplatz in Pesterwitz mit 1,1 Mio. Euro. Auch von Seiten der städtischen Gesellschaften wird beim Glasfaserausbau, Neubau eines Kundenzentrums oder beim Sportzentrum investiert. Aufgrund der veränderten Ausgangslage mussten leider geplante Maßnahmen verschoben werden, wie beispielsweise das EFRE/ESF – Gebiet Deubener Weißeritzbogen oder die Projektscheune Schloss Burgk.

Herr Pfitzenreiter bedankt sich bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit und der Erarbeitung des vorliegenden Haushaltsplanes 2023. Er richtet seinen Dank auch an die Freitaler, die mit ihren Steuern, Entgelten, Beiträgen und Gebühren es überhaupt erst ermöglichen über Geld entscheiden zu können.

Frau Ebert spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für den Haushaltsplan 2023 aus. Sie bemerkt, dass die CDU-Fraktion ebenfalls die Bemühungen der Stadt unterstützt, die Stadt Freital zu einer lebenswerten Stadt für alle Menschen zu entwickeln und mit gleichbleibenden Steuersätzen den Gewerbetreibenden eine Planungssicherheit zu geben. Frau Ebert betont, dass trotz der weltweiten Schwierigkeiten gelungen ist, so einen Haushalt vorzulegen und die freiwilligen Aufgaben weiterhin umzusetzen. Positiv hervorzuheben ist weiterhin, dass nach wie vor in Freital keine Parkgebühren erhoben werden. Sie weist darauf hin, dass der Haushalt zu Lasten der Substanz ausgearbeitet wurde und in den Folgejahren daran gearbeitet werden muss, die Einnahmen durch Ausgaben zu decken und somit nicht mehr zu Lasten der Substanz zu haushalten. Im Hinblick darauf sollte trotzdem an einer Weiterführung der Umgehungsstraße, der Radwegekonzeption und den Lademöglichkeiten für E-Bikes gearbeitet werden.

Frau Forberg bringt folgenden Antrag der Fraktionen Mitte-Links und FDP zum Haushalt ein: Die Zuschüsse für den Bereich Soziales im Produktkonto 331011.431800/731800 sollen um zusätzliche 20.000,00 Euro, somit insgesamt auf 83.000,00 erhöht werden.

Sie erläutert den Antrag wie folgt: Im Vorjahr wurde der Ansatz im Bereich Soziales bereits von 51.000,00 Euro auf 63.000,00 Euro für den Haushaltsplan 2023 erhöht. Die eingegangenen Anträge der Vereine für die Vergabe von Fördermitteln nach der Richtlinie zur Förderung von Trägern und Vereinen im sozialen und kulturellen Bereich für das Jahr 2023 haben gezeigt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht ausreichen. Bei den Vereinen entstehen nicht nur aufgrund gesamtwirtschaftlicher Aspekte Mehrkosten, sondern aufgrund der zurückliegenden und andauernden Krisen, die hauptsächlich die Ärmere und Schwächeren treffen, nehmen die Probleme der Menschen zu, die wiederum durch die sozialen Vereine der Stadt Freital aufgefangen werden und zu Kostensteigerungen führen. Frau Forberg appelliert an eine bestmögliche Unterstützung der sozialen Vereine, zumal die Vereine im sozialen sowie kulturellen Bereich das Stadtleben bereichern. Sie fügt hinzu, dass die aktuellen Vorkommnisse beim Vandalismus zeigen, dass die Jugendarbeit ausgebaut werden muss.

Herr Pfitzenreiter bemerkt, dass es unumstritten ist, dass die Vereine eine gute und wichtige Arbeit in der Stadt sowie für die Gesellschaft leisten. Weiterhin führt er aus, dass der Haushalt in diesem Jahr ein Monat später beschlossen wird als üblich, die Anträge der Vereine im Dezember 2022 an die Fraktionen verteilt wurden, so dass ausreichend Zeit war sich damit zu beschäftigen. Die Ansätze der verschiedenen Bereiche basieren auf den Antragsvolumen der Vorjahre und was dann tatsächlich bewilligt wurde. Dieser Prozentsatz wurde dann auf die vorliegenden Antragshöhen übertragen, die natürlich höher sind als im Vorjahr. Herr Pfitzenreiter fügt hinzu, dass es immer wieder vorkam, dass ein Budget eines Vereins nicht ausreicht, so dass nach einer Lösung gesucht werden musste, was bisher auch immer gelungen ist. Er bemerkt, dass es in Anbetracht der Zeit schade ist, dass der Antrag erst jetzt eingereicht wird, da dafür eine längere Vorlaufzeit notwendig ist sowie der Antrag für die anderen Stadträte neu ist, so dass es schwer ist jetzt darüber zu befinden.

Herr Rumberg bittet um Wortmeldungen zu dem jetzt vorliegenden Haushaltsplan.

Herr Weinholtz begrüßt es, dass sich die Stadt Freital nach wie vor eine Vereinsförderung leisten kann, wobei diesbezüglich noch mehr getan werden kann. Er verweist damit auf den von Frau Forberg vorgetragenen Antrag. Weiterhin stellt er positiv hervor, dass das Zusammenwirken der Verwaltungsspitze mit der Verwaltung und dem Stadtrat dafür gesorgt hat, dass jedes Jahr relativ gute Haushalte vorgelegt werden können. Schade findet er aber, dass die Kulturscheune Schloss Burgk im mittelfristigen Haushalt nicht weiterverfolgt wird, da dies eine Investition ist, die sich durchaus amortisiert bzw. gerechnet hätte. Aufgrund dessen, dass die Stadt schuldenfrei ist, hätte sie bezüglich der Kulturscheune Schloss Burgk mutiger sein können. Herr Weinholtz spricht sich grundsätzlich aber für den Haushalt aus.

Herr Tschirner äußert, dass der Haushaltsplan 2023 eine solide Grundlage ist, um die vorgenommenen Aufgaben anzugehen. Die angesprochenen Förderprojekte, die auf jeden Fall auch eine Refinanzierung benötigen, haben seiner Ansicht nach Vorrang, damit in Freital die Wirtschaft intensiv gestärkt werden kann. Aber auch das Kultur- und Vereinsleben darf nicht auf der Strecke bleiben. Da bereits gesagt wurde, dass nach einer Lösung gesucht wird, wenn ein Verein finanzielle Probleme bekommt, ist der Antrag der Fraktionen Mitte-Links und FDP nicht notwendig. Herr Tschirner stimmt dem vorliegenden Haushaltsplan 2023 zu und betont, dass die Stadt nicht über ihre Verhältnisse leben kann.

Herr Rumberg bemerkt, dass nicht jeder Verein pauschal das bewilligt bekommt, was er meint beantragen zu müssen, sondern jeder muss einen Beitrag dazu leisten. Die Zeiten, wo es der Stadt finanziell nicht so gut geht, müssen gemeinsam überstanden werden. Es kann

dann nicht aus dem Vollen geschöpft werden und ein anderer bleibt auf der Strecke.

Herr Jonas erinnert ebenfalls an die Solidargemeinschaft. Sollte ein Verein oder Träger in eine finanzielle Notlage kommen, dann wird dieser unterstützt. Mit diesem Hintergrund ist der Antrag der Fraktionen Mitte-Links und FDP auch aus Sicht von Herrn Jonas unnötig. Er bedankt sich im Namen seiner Fraktion für den aufgestellten Haushalt und bemerkt, dass auch im Jahr 2023 für Freital etwas erreicht werden kann.

Herr Zscherper spricht sich im Namen der AfD-Fraktion für den vorliegenden Haushaltsplan aus und hält ebenfalls den Antrag der Fraktionen Mitte-Links und FDP für unnötig.

Herr Mumme spricht sich grundsätzlich für den Haushaltsplan aus, allerdings hält er das Budget für den Bereich Soziales bei der Vereinsförderung auch für zu wenig und steht hinter dem Antrag der Fraktionen Mitte-Links und FDP. Er bemerkt, dass dies im Sozial- und Kulturausschuss am 24. Januar 2023 angesprochen wurde, worauf Herr Pfitzenreiter fragte, wo das Geld hergenommen werden sollte, da die Stadt Freital kein Geld hat. Im Haushaltsplan wiederum gibt es eine Übersicht über Rücklagen, so dass die Stadt Freital doch über Gelder verfügt. Herr Mumme ergänzt, wenn Bauleistungen teurer werden, dann werden entsprechende Beschlüsse gefasst, da eine Baumaßnahme nicht einfach zwischendrin abgebrochen werden kann. Die Vereine, die sich um die Bürger der Stadt kümmern und auch erhöhte Kosten haben, dürfen nicht auf der Strecke bleiben, da sie einen wahnsinnigen Beitrag für die Stadtgesellschaft leisten und sie auch zusammenhalten. Zur Thematik Vandalismus in der Stadt bemerkt Herr Mumme, dass es auch an Streetworkern und Sozialarbeitern in der Stadt fehlt.

Herr Pfitzenreiter findet es ungewöhnlich, dass Herr Mumme aus einer nichtöffentlichen Sitzung zitiert und möchte es aber richtigstellen. Herr Mumme hat in der Sitzung gesagt, dass er denkt, dass das Budget zu wenig ist, worauf Herr Pfitzenreiter fragte, was er damit meint. Er hat nicht gesagt, dass die Stadt kein Geld hat. Der Haushalt umfasst 89,0 Mio. Euro, sicherlich könnten Prioritäten anders gesetzt werden und es ist auch üblich über alternative Finanzierung zu sprechen, was aber bei keinem der Anträge grundsätzlich der Fall ist. Herr Pfitzenreiter wünscht sich auch eine Deckungsquelle für die Erhöhung des Budgets im Bereich Soziales, da es in der jetzigen Situation schwierig ist, einfach Summen zu erhöhen. Er fügt hinzu, dass die Arbeit der Vereine vollumfänglich anerkannt wird. Da aber bereits im Sozial- und Kulturausschuss über den Haushalt gesprochen wurde, ist Herr Pfitzenreiter verwundert, warum der Antrag erst jetzt eingereicht wird.

Herr Frost führt aus, dass immer wieder gesagt wird, dass Vereine das bürgerliche Leben zusammenhalten und der soziale Kitt in der Stadtgesellschaft sind. Seiner Ansicht nach gehören da die Familien in allererster Linie dazu, welche auf jeden Fall auch gefördert werden sollten. Aus dem Grund wünscht sich Herr Frost, dass für den Haushalt 2024 auch an Familien gedacht wird und beispielsweise die Elternbeiträge gesenkt werden.

Frau Dr. Darmstadt bemerkt, dass man zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben einer Kommune unterscheiden muss. Die Stadt leistet sich nach wie vor sehr viele freiwillige Aufgaben und nutzt bereits ein Stück weit die aufgebaute Substanz. Sicherlich kann man sagen, dass die Rücklagen reichlich wären, aber man darf nicht vergessen, dass die Gelder teilweise bereits gebunden sind oder für spätere Investitionen gebraucht werden. Frau Dr. Darmstadt weist darauf hin, dass der Haushalt so funktionieren müsste, dass die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden, was aber nicht erreicht wird. Jeder Euro der irgendwohin ausgegeben werden soll, bedarf einer Deckungsquelle. Frau Dr. Darmstadt wird keinem Antrag zustimmen, der einen finanziellen Mehrbedarf bedeutet, da es sich immerhin um Steuergelder der Freitaler Bürger handelt und damit sorgsam umgegangen werden muss. Es wurde auch bereits mehrfach gesagt, dass kein Verein hinten runterfällt, der in eine finanzielle Schieflage gerät. Weiterhin geht sie auf die Aussage von Herrn

Mumme bezüglich der Streetworker und Jugendarbeit in Freital ein und bemerkt, dass dies ebenfalls eine Aufgabe des Landkreises ist, an den die Stadt eine Kreisumlage zahlt.

Frau Engelmann bedankt sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltes. Weiterhin spricht sie sich für den Antrag der Fraktionen Mitte-Links und FDP zur Erhöhung des Budgets im Bereich Soziales aus, da die Arbeit der Vereine wichtig ist, gerade um die Jugendlichen von der Straße zu bekommen und Vandalismus vorzubeugen.

Herr Rumberg unterbricht Frau Engelmann in ihren Ausführungen, da sich nicht zum Haushalt allgemein spricht, sondern zum eingereichten Antrag.

Herr Brandau führt aus, dass die Stadt Freital eine ganz solide Einnahmesituation vorweist und sich auch die Ausgaben an die gegebene Situation halten. Die Abschreibungen konnten in den letzten Jahren immer erwirtschaftet werden. Er betont, dass es sich in der Stadt um eine ganz solide Haushaltsführung handelt und absolut nicht von der Substanz gelebt wird. Herr Brandau spricht sich auch für den vorliegenden Haushaltsplan 2023 aus. Er kritisiert aber, dass zwei wichtige Projekte in der mittelfristigen Finanzplanung nicht berücksichtigt wurden, wodurch an Gestaltungsspielraum verloren geht. Dies ist in erster Linie die Kulturscheune Schloss Burgk, wo bereits eine fertige Planung sowie eine Baugenehmigung vorliegen und ein Parkplatz an der Burgker Straße errichtet wurde. Er hält es für absolut wichtig, dass gerade in der jetzigen Situation angefangen wird zu bauen bzw. Aufträge erteilt werden. Herr Brandau geht davon aus, dass demnächst eine „Auftragsdelle“ kommt, da viel negativ geredet wird und somit gute Baupreise usw. erzielt werden können. Er bittet darum, dass die Kulturscheune vorangetrieben wird. Als zweites Projekt nennt er das Kulturhaus, was in den Fördermittelbereich „Urbanität am Fluss“ fällt, was ebenfalls nicht in die mittelfristige Finanzplanung 2023/2024 aufgenommen wurde. Er hält es für wichtig, da auch die Beantragung von Fördermitteln dranhängt. Herr Brandau appelliert daran, dass sich die Stadt Freital diese Projekte leisten kann und es wichtig ist für die weitere Entwicklung der Stadt.

Herr Rumberg antwortet, dass die Kulturscheune Schloss Burgk sowie das Kulturhaus für 2023 ausgesetzt wurden, was auch ausführlich besprochen wurde. Es muss abgewartet werden, wie sich die Wirtschaft usw. entwickelt. Er fügt hinzu, dass es aber nicht bedeutet, dass die Pläne bisher umsonst waren.

Herr Brandau fragt nach, dass somit unterjährig beobachtet wird, wohin die Entwicklung geht und zum richtigen Zeitpunkt wieder eingestiegen wird.

Herr Rumberg führt aus, dass im Jahr 2023 bei beiden Projekten nichts passieren wird, aber sobald die Diskussionen zum Haushalt 2024 aufgenommen werden, wird auch darüber gesprochen.

Da es zum Antrag der Fraktionen Mitte-Links und FDP, die Zuschüsse im Bereich Soziales um 20.000,00 Euro zu erhöhen, keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, bringt Herr Rumberg ihn zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	27
Davon stimmberechtigt:	27
Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	17
Stimmenthaltungen:	2

Der Stadtrat lehnt folgenden Beschluss ab:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, dass die Zuschüsse für den

Bereich Soziales im Produktkonto 331001.431800 (Vorlagen B 2023/002, Anlage 1) um zusätzliche 20.000,00 Euro auf insgesamt 83.000,00 Euro erhöht. werden

Herr Rumberg betont, dass das aber nicht bedeutet, dass den Vereinen nicht geholfen wird, wenn sie in finanzielle Not geraten.

A 2023/003

Antrag der Stadträte Herr Brandau und Herr Weinholtz zur Erhöhung der Aufwandsentschädigung sowie Sitzungsgelder der Stadträte

Herr Brandau führt zum Antrag aus, dass seit über zehn Jahren die Aufwandsentschädigung nicht erhöht wurde, es aber im Zuge der Preissteigerungen an der Zeit wäre. Damit soll auch das Ehrenamt attraktiver gemacht werden.

Herr Seyfried bittet in der jetzigen Zeit diesem Antrag nicht zuzustimmen. Es ist nicht gerechtfertigt, wo andere mit dem Geld zu kämpfen haben, dass bei der Aufwandsentschädigung erhöht werden soll. Weiterhin wurde gerade der Antrag zur Erhöhung des Budgets im Bereich Soziales bezüglich der Vereinsförderung abgelehnt, aber jetzt soll ein Antrag beschlossen werden, wo sich die Stadträte selbst mehr Geld zusprechen.

Herr Mumme spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus. Es handelt sich dabei um ein kommunales Ehrenamt und damit sollte kein Geld verdient werden. Die bisherige Aufwandsentschädigung ist durchaus ausreichend. Er fügt hinzu, dass es auch gegenüber den Übungsleitern, Trainern usw. anderer Vereinen ungerecht ist, die ihre Freizeit dafür opfern, damit sie was bewirken können. Der Stadtrat hat gegenüber seiner Stadt und den Bürgern die Verpflichtung diese zu vertreten.

Frau Ebert stimmt persönlich gegen den Antrag und bemerkt, dass die Stadt Freital im Vergleich zu anderen Gemeinden recht gut dasteht.

Herr Rumberg führt aus, dass man als Stadtrat von der Aufwandsentschädigung nicht leben kann und man damit auch nicht reich wird. Jeder sollte für sich selbst entscheiden, wie er zu dem Antrag steht. Sicherlich ist das Argument richtig, dass gespart werden sollte und auf der anderen Seite wäre es auch ein Zeichen, wenn aufgrund der Entwicklung ein Zeichen gesetzt wird. Herr Rumberg fügt hinzu, dass die Erhöhung der Entschädigung auch nicht immens ist.

Herr Retz ist der Auffassung, dass es für jemanden, der sein Mandat ernst nimmt zu wenig ist und für jemanden, der nichts macht, ist es zu viel. Weiterhin führt er aus, dass Herr Wolframm vorgeschlagen hat, dass der Stadtrat in seiner aktuellen Legislaturperiode in einer seiner letzten Sitzungen einen Beschluss fassen sollte, der erst auf den neugewählten Stadtrat zutrifft. Dies könnte sein, die Erhöhung der Aufwandsentschädigung an die Erhöhung der Tarife des öffentlichen Dienstes zu koppeln. Das hätte den Vorteil, dass der amtierende Stadtrat nicht in den Verruf kommt, etwas für sich zu beschließen. Dann gäbe es einen Automatismus und das Thema müsste nie wieder angegangen werden.

Herr Rumberg findet den Vorschlag gut.

Herr Jonas spricht sich im Namen seiner Fraktion für den Antrag aus, aber gegen den Antrag zur Umsetzung der Fraktionsförderung, da mit der Aufwandsentschädigung der Aufwand für die Stadträte abgegolten ist. Bezüglich der Fraktionsförderung sollte erst auf die Gesetzgebung gewartet werden, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Herr Frost spricht sich ebenfalls für den Antrag aus, da man nicht davon reden kann, dass

sich die Stadträte an der Aufwandsentschädigung bereichern. Den vorgetragenen Vorschlag von Herrn Retz würde er auch begrüßen.

Frau Forberg verlässt den Saal. Somit sind 26 Stimmberechtigte anwesend.

Frau Dr. Darmstadt führt aus, dass für diesen Antrag die Deckungsquelle die Substanz wäre, die für wichtige Investitionen ausgegeben werden soll. Sie ist wie Herr Mumme der Meinung, dass die jetzige Aufwandsentschädigung durchaus ausreichend und im Vergleich zu anderen Kommunen auch im Rahmen ist. Sie spricht sich deshalb gegen den Antrag aus.

Weiterer Diskussionsbedarf zum Antrag A 2023/003 gibt es nicht, somit folgt die Abstimmung.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt den Planansatz im Produktkonto 111101.442100 (Stadtrat, Ortschaftsräte; Ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten) um 20.000,00 Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	26
Davon stimmberechtigt:	26
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	8
Stimmenthaltungen:	3

A 2023/004

Antrag der Stadträte Herr Brandau und Herr Weinholtz zur Umsetzung der Fraktionsförderung

Herr Weinholtz führt aus, dass nach § 35 a Absatz 3 SächsGemO in Gemeinderäten über 5.000 Einwohnerstädten Fraktionsgelder in angemessenen Rahmen gewährt werden. Das bedeutet, dass der Gesetzgeber erkannt hat, dass die Fraktionen, die in Gemeinde- oder Stadträten mitarbeiten, Möglichkeiten bekommen sollten, was Personal betrifft. Es geht somit nicht nur um eine sachliche Ausstattung, sondern eher darum, auch mal eine kompetente Person zu beauftragen, sich mit Dingen näher zu beschäftigen. Diese Person müsste wiederum dann entlohnt werden, wofür die Fraktionsförderung genutzt werden könnte. Herr Weinholtz ist nicht der Meinung, dass auf die Durchführungsverordnung gewartet werden sollte. Die Summe von 80.000,00 Euro pro Jahr soll erstmal in den Haushalt aufgenommen werden, es könnte dann auch durchaus weniger sein, aber mit dem Beschlussantrag wäre die finanzielle Grundlage gegeben.

Herr Weichlein bestätigt die Ausführungen von Herrn Weinholtz entsprechend der Gesetzeslage und der noch ausstehenden Rechtsverordnung. Die Stadt Freital wie auch andere Kommunen warten auf die entsprechende Rechtsverordnung des Innenministeriums, welche höchstwahrscheinlich im Jahr 2023 gar nicht mehr wirksam werden wird, es wird auch eine Übergangszeit geben. Er fügt hinzu, dass dies bereits im Ältestenrat besprochen wurde, wo dann auch die Empfehlung kam, es nicht in den Haushaltsplan 2023 aufzunehmen. Die Verwaltung appelliert daran, dem zu folgen und somit dem Antrag nicht zuzustimmen. Weiterhin führt Herr Weichlein aus, dass die genannte Summe von 80.000,00 Euro recht hoch erscheint, da es nicht so ist, dass die Fraktionen bisher nicht bedacht werden. In der jetzt schon existierenden Entschädigungssatzung steht, dass die Aufwandsentschädigung auch für den Aufwand der Fraktionen gedacht ist. Weiterhin werden Fraktionsräume sowie gewisse Technik bereitgestellt. Diese Dinge müssten dann der zu

beschließenden Fraktionsförderung gegengerechnet werden. Herr Weichlein gibt auch zu bedenken, dass die Gelder auch nur für die Fraktionen zu verwenden sind und nicht für beispielsweise Parteiwerbung oder Vereinsarbeit.

Herr Weinholtz erwidert, dass der Antrag nicht darauf abzielt, damit Parteiausgaben zu finanzieren, sondern es auch um die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen sowie einer personellen Ausstattung, die damit finanziert werden kann, geht. Bezüglich der 80.000,00 Euro bemerkt er, dass darüber gesprochen werden kann, wenn man nähere Informationen hat, wie die Verordnung lautet. Herr Weinholtz sieht aber keine Probleme darin, nachzuweisen, für was die Gelder ausgegeben werden.

Herr Retz möchte wissen, wenn die Rechtsverordnung kommt, ob dann die Fraktionsförderung umgesetzt werden muss oder der Stadtrat darüber entscheiden kann. Er fügt hinzu, dass dies auch einen organisatorischen Mehraufwand bedeutet, da für jede Fraktion ein Konto angelegt werden muss, was Kontoführungsgebühren mit sich bringt sowie müssen auch die Nachweise entsprechend ihrer Verwendung geprüft werden.

Herr Weichlein antwortet, dass das Gesetz jetzt schon aussagt, dass Fraktionen zu fördern sind, wobei bereits in der Entschädigungssatzung aufgeführt wird, dass es jetzt schon gemacht wird. In den Ausführungsbestimmungen steht dann aber genaueres wie die Fraktionsförderung aussieht.

Frau Ebert spricht sich im Namen der CDU-Fraktion gegen den Antrag aus, da ihre Fraktion ebenfalls als Schwierigkeit die Nachweisführung sieht. Es sollte die Verordnung abgewartet werden.

Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, folgt die Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	26
Davon stimmberechtigt:	26
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	18
Stimmenthaltungen:	4

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	26
Davon stimmberechtigt:	26
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	18
Stimmenthaltungen:	4

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital lehnt folgenden Beschluss ab:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt im neu anzulegenden Produktkonto 111101.443110 (Stadtrat, Ortschaftsräte; Geschäftsaufwendungen der Fraktionen) einen Ansatz in Höhe von 40.000,00 Euro einzuplanen.

Frau Forberg kommt zurück in den Saal. Somit sind 27 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg fragt die Mitte-Links Fraktion, ob sie die Anträge A 2023/005 (Errichtung einer Bushaltestelle auf der Rabenaustraße/Kreuzung Tulpenstraße) und A 2023/006 (Umsetzung des Brunnens am Ambulatorium in Freital-Zauckerode) aufrechterhält.

Herr Mumme zieht im Namen der Fraktion die genannten Anträge zurück.

Herr Retz bemerkt, dass Herr Pfitzenreiter in seiner Haushaltsrede davon sprach, dass die Stadt Freital für die Höhe des Tarifabschlusses von 5 % ausgegangen ist. Ver.di fordert jetzt aber 10 %. Wenn es doch mehr wie 5 % werden sollten, wie wird dies dann im Haushalt dargestellt?

Herr Pfitzenreiter antwortet, dass eine Lösung gefunden werden muss, da die Stadt Freital

die Erhöhung zahlen muss.

Weiterer Diskussionsbedarf zum gesamten Haushalt gibt es nicht, somit folgt die Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 gemäß dem in den Anlagen 0 bis 25 beigefügten 2. Entwurf vom 9. Januar 2023 einschließlich der Änderung vom 9. Februar 2023.

Beschluss Nr.: 009/2023

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 gemäß dem in den Anlagen 0 bis 25 beigefügten 2. Entwurf vom 9. Januar 2023 einschließlich der Änderung vom 9. Februar 2023.**
- 2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt den Beschluss Nr. 023/2020 vom 5. März 2020 über den Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses nach § 88 b SächsGemO für das Jahr 2023.**

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	27
Davon stimmberechtigt:	27
Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	5

Herr Rumberg bedankt sich bei allen Beteiligten, die bei der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung der gesteckten Ziele.

Tagesordnungspunkt 10	B 2023/001
Beschluss zur Umsetzung des Bauvorhabens "Neubau einer Fahrzeughalle in Massivbauweise für das FF- Gerätehaus Hainsberg"	

Vorberatung Technischer und Umweltausschuss
Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 26. Januar 2023
am 2. Februar 2023

Herr Neuber möchte wissen, da die Fahrzeuge immer breiter und höher werden, ob dies bei dem Neubau beachtet wurde.

Herr Schütz verlässt die Sitzung. Somit sind 26 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg bejaht.

Weitere Fragen gibt es nicht. Somit folgt die Beschlussfassung der Vorlage.

Beschluss-Nr.: 010/2023

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt unter Änderung des Beschlusses Nr. 073/2021 vom 21. Juli 2021 die Umsetzung des Bauvorhabens „Neubau einer Fahrzeughalle in Massivbauweise für das FFw-Gerätehaus Hainsberg“.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	26
Davon stimmberechtigt:	26
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 11

B 2023/004

Beschluss zum Aufbau eines kommunalen Energiemanagements in der Stadt Freital

Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 2. Februar 2023

Frau Kummer möchte wissen, ob die Verwaltung die Angebote der Sächsischen Energieagentur - SAENA GmbH nutzt, was sie auf jeden Fall befürwortet.

Herr Rumberg antwortet, dass immer Angebote genutzt werden, die für die Verwaltung relevant sind.

Weitere Fragen gibt es nicht. Somit folgt die Beschlussfassung der Vorlage.

Beschluss-Nr.: 011/2023

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt den Aufbau und den kontinuierlichen Betrieb eines kommunalen Energiemanagements in der Stadt Freital.**
- 2. Die Umsetzung der Maßnahme soll durch die TWF-Technische Werke Freital GmbH im Rahmen des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages zur Bewirtschaftung kommunaler Einrichtungen erfolgen und steht unter dem Vorbehalt der Gewährung von Fördermitteln.**

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	26
Davon stimmberechtigt:	26
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	2

Tagesordnungspunkt 12

Anfragen der Stadträte

Herr Neuber spricht noch einmal die Thematik Vandalismus und Drogenkriminalität, gerade in den Brennpunkten Mehrgenerationenpark in Zauckerode und am Busbahnhof in Freital an. Er bittet, dass dies mit dem neuen Revierleiter gesprochen wird, damit mehr Prävention oder Programme, um dem entgegenzuwirken, durchgeführt werden. Er fügt hinzu, dass dies in der Vergangenheit unter dem damaligen Revierleiter im Sande verlaufen ist.

Herr Rumberg widerspricht, dass unter dem vorherigen Revierleiter nichts getan wurde, da diese Themen immer thematisiert werden und versucht wird, sie in den Griff zu bekommen.

Herr Seyfried verliest eine Anfrage zur Überprüfung der Jugendarbeit in Freital, da es in den letzten Wochen vermehrt zu Vorfällen unter anderem am Busbahnhof kam, wo Jugendliche überfallen wurden. Er bemerkt, dass die mobile Jugendarbeit verstärkt bzw. neuaufgestellt werden muss, wozu auch das Landratsamt ins Boot geholt werden sollte.

Frau Wachsmuth verlässt während den Ausführungen von Herrn Seyfried die Sitzung. Somit sind 25 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Weinholtz unterbricht Herrn Seyfried in seinen Ausführungen und stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass es sich um den Tagesordnungspunkt Anfragen der Stadträte handelt, wo längere Ausführungen nicht gestattet sind.

Herr Rumberg bemerkt, dass Straftatbestände der Polizei gemeldet werden müssen, damit von dieser Seite gehandelt werden kann. Was aber die Entwicklung in Freital betrifft, ist die Verwaltung dran dem entgegenzuwirken und im Interesse der Allgemeinheit, die sich an den Dingen erfreut, die in der Stadt geschaffen werden, wird versucht, diese auch zu erhalten.

Herr Tschirner bittet, dass sich der Oberbürgermeister sowie die anwesenden Kreisträte im Kreistag einsetzen, dass für die vom Landkreis betriebenen Schulen wie das Gymnasium und die Förderschulen wieder Schwimmunterricht angeboten werden kann. Der Schwimmunterricht soll aufgrund der gestiegenen Betriebskosten eingeschränkt werden bzw. gänzlich entfallen.

Herr Rumberg geht davon aus, dass der Schwimmunterricht von der ersten bis zur vierten Klasse stattfindet und ihm ist nicht bekannt, dass das Gymnasium Schwimmunterricht anbietet. Er wird dem entsprechend nachgehen.

Herr Weinholtz möchte wissen, ob bezüglich der Thematik Vandalismus in der Stadt Freital und dessen Entgegenwirken auch das Koordinationsbüro Soziale Arbeit mit eingebunden wird.

Herr Rülke führt aus, dass mindestens quartalsweise eine Ordnungsrunde in der Verwaltung mit dem Koordinationsbüro, dem Ordnungsamt, dem Amt für Soziales, Schulen und Jugend sowie der Polizei stattfindet, wo genau über diese Themen gesprochen wird und auch Möglichkeiten erörtert werden, wie man dem Thema begegnen kann. Er fügt hinzu, dass in den letzten beiden Ordnungsrunden speziell die Thematik Vandalismus thematisiert wurde und jetzt mit dem Landkreis intensiv zur Sozialarbeit kommuniziert werden wird.

Weitere Anfragen der Stadträte gibt es nicht.

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Pause von 20.20 Uhr bis 20.30 Uhr